

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Zg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Die ersten Häuser mit neuartigen Tonnen-dächern

Berlin ohne Polizeistunde Die Krise in Bayern / Der Angestellten-Abbau

Die Wahlreform marschiert

Der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vor dem Kabinett

Das Reichskabinett trat gestern unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zur Beratung der den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst vorzulegenden Reformvorschlüge zusammen. Zunächst wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts verabschiedet, der einen vorweggenommenen Teil der Reichsreform darstellt. Sodann nahm das Kabinett einen eingehenden Vortrag des Reichsministers des Innern zur Wahlrechtsreform entgegen, worüber die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen des Reichskabinetts, die bis in die Nachtstunden andauerten, stand schließlich die erste grundlegende Erörterung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme.

Der Entwurf des neuen Reichswahlgesetzes wird, wie bekannt geworden ist, an der Verhältniswahl und am Wahllalter, das bekanntlich 20 Jahre beträgt, nichts ändern. Das Wahlgesetz Dr. Wirths wird sich also im Rahmen der Verfassung halten, so dass es zu seiner Verabschiedung nicht einer Zweidrittelmehrheit bedarf, die angesichts der Abneigung der Sozialdemokraten gegen eine Abschaffung der Listenwahl nicht zusammenzubekommen wäre. Der Entwurf wird aber doch die schlimmsten Mängel des bisherigen Wahlrechts beseitigen. Vor allem soll an die Stelle des Stücker-Papier, der nichtssagenden toten Liste, die Persönlichkeit des Kandidaten in den Vordergrund treten. Nicht die Liste, sondern er soll für seine Wahl werben. Es soll sogar einer Einzelperson, auch wenn sie nicht eine Partei hinter sich hat, die Möglichkeit gegeben werden, in einem Wahlkreise zu kandidieren und sich wählen zu lassen, wenn sie genügend Stimmen auf sich zu vereinigen weis. Der amtliche Stimmzettel kommt in Wegfall. Die Zahl der Abgeordneten soll verringert werden, denn statt auf 60 000 Stimmen. Man rechnet, dass sich dadurch die Zahl der Reichstagsabgeordneten um etwa 50 bis 60 vermindern wird. Die Zahl der Wahlkreise, die jetzt 35 beträgt, soll unter entsprechender Verkleinerung auf 162 vermehrt werden. Sie werden in 32 Kreisverbänden zusammengefasst, die sich wiederum auf 12 Ländergruppen verteilen. Diese Zusammenfassung erfolgt zum Zwecke der Verrechnung der Reststimmen. Die bisherige Reichsliste wird beseitigt; es gibt nur noch die Ländergruppenlisten, die aber einen anderen Charakter als die Reichslisten haben. Die Einwohnerzahl der neuen Wahlkreise soll durchschnittlich 385 000 betragen, also etwa 250 000 Stimmberechtigte umfassen. Die Geltungsdauer des neuen Wahlgesetzes soll sich auf 12 Jahre beschränken.

Wie bei uns!
135 Stellen — 5000 Bewerber
NEW-YORK, 19. August. (W. T. B.) Das neugeschaffene städtische Arbeitsvermittlungsbüro, über das dieser Tage bereits berichtet wurde, sah sich gestern einem Ansturm von fünftausend Arbeitssuchenden gegenüber, konnte aber nur 135 Stellen nachweisen.

Gescheitert / Keine Verständigung über die Rücknahme der Angestellten-Kündigungen in der Metall-Industrie

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Berliner Metallindustriellen sind gescheitert. Diese Verhandlungen hatten den Zweck, eine Grundlage für die Zurücknahme der Angestelltenkündigungen zu finden, über die in den einzelnen Betrieben nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums eine Einigung erzielt werden sollte. Ueber die von diesen Betriebsverhandlungen zu klärenden Vorfällen ist gestern jedoch keine Einigung erzielt worden.
Die Gewerkschaften verlangten Wiederherstellung des alten Zustandes von Anbeginn der Verhandlungen, das heisst eine hundertprozentige Rücknahme der Kündigungen. Zweitens verlangten die Gewerkschaften ein generelles Kündigungsverbot. Die Metallindustriellen sind auf diese Forderungen nicht eingegangen. Sie erklärten, dass 583 Kündigungen allein bei der A. E. G. und bei Siemens aufrechterhalten bleiben sollten, während 1360 zurückgenommen werden sollten. Eine Garantie für ein generelles Kündigungsverbot auf die Laufdauer des Abkommens konnte seitens der Arbeitgeber nicht gegeben werden. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, dass bei einer derartigen Regelung 28 000 Angestellte bei Siemens und der A. E. G. auf 10 Prozent ihres Gehalts verzichten müssten. Die Arbeitgeber erklärten weiter, dass sie von sich aus nicht sagen könnten, ob dieses Kurzarbeitsabkommen auch tatsächlichen Erfolg hat; die Aussichten für einen Vergleich und das Zustandekommen eines Abkommens wären also sehr gering. Als die Arbeitgeber offiziell erklärten, dass sie die Forderungen der Gewerkschaften

nicht anerkennen könnten, wurde vom Reichsarbeitsministerium erklärt, dass die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien.

Es kann und darf mit diesem negativen Ausgang der Verständigungsaktion nicht sein Bewenden haben. In den Verhandlungen wurden seitens der Unternehmer zugeständnisse dahin gemacht, dass in den Siemens-Betrieben und bei der AEG über 75 Prozent der Kündigungen zurückgenommen werden sollten, auch wollten diese Firmen bis gegen Ende Dezember dieses Jahres keine weiteren Entlassungen vornehmen. Damit ist zugegeben worden, dass sich wenigstens drei Viertel der vorgesehnen Entlassungen durch Einführung verkürzter Arbeitszeit vermeiden lassen, und es ist ein doch durchgeführter Dank, dass diese Kündigungen nun doch untertraglicher Arbeitszeit werden sollen, so dass die Entlassungen dem Staat und dem Steuerzahler zur Last fallen, obwohl sie in den genannten Werken einstweilen weiterbeschäftigt werden könnten. Die Forderung, dass die Regierung sich mit dem Scheitern der gestrigen Verhandlungen nicht abfindet, sondern, statt die Hände in den Schoß zu legen, alle selbst die schärfsten Mittel anwendet, um der wirtschaftlichen Vernunft zum Siege zu verhelfen und der Arbeitslosenfürsorge diese neue Belastung, die ja zugleich eine Belastung der Steuerzahler ist, zu ersparen, ergibt sich daraus von selbst.

Die Sammlung der Reaktion

Scholz hat's doch geschafft — Burgfrieden auf der Rechten

Die Parteiführer Treviranus (Kons.), Dr. Scholz (D. Vp.) und Sachsenberg (Wirtsch.) haben sich in einer gemeinsamen Besprechung darüber geeinigt, dass ihre drei Parteien im künftigen Reichstag grundsätzlich Burgfrieden gegeneinander bewahren wollen. Weiterhin haben sie sich entschlossen, in einem gemeinsamen Wahlauftrag zum Ausdruck zu bringen, dass die drei Parteien gewillt sind, in sozialpolitischen, innen- und aussenpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten. Ueber die Form dieser Zusammenarbeit wurden Beschlüsse noch nicht gefasst. Man denkt etwa an die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses, nicht aber an eine Fraktionsgemeinschaft. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien sollen fortgesetzt werden, sie werden aber im wesentlichen nur noch der Formulierung des gemeinsamen Wahlauftrags dienen.

Dass die Versuche der bürgerlichen Reaktion, zu einem Burgfrieden im Wahlkampf zu kommen und auch nach

der Wahl zusammenzuarbeiten, nach mehrmaligem Scheitern wieder aufgenommen wurden, nimmt nicht so wunder, denn die Zersplitterung auf der Rechten ist so gross, dass die Parteiführer davon schwere Nachteile befürchten müssen, um so mehr, als z. B. die Partei des Herrn Treviranus noch über keinen eingespielten Parteiapparat verfügt und eigentlich nur aus Offizieren ohne Soldaten besteht. Man sucht sich nun durch das Burgfriedensabkommen das Wahlgeld zu erleichtern und will zugleich dem gegenwärtigen Reaktionskabinett Brüning im neuen Reichstag Rückendeckung geben. Was wird der volksparteiliche Abgeordnete Kahl dazu sagen? Er lehnte bekanntlich den sonderbaren Vorschlag, Volkspartei und Staatspartei unter seiner Führung zusammenzuschliessen, ab, weil er, wie er soeben erklärt hat, jede vorgreifliche und einseitige Koalitionsbindung für verfehlt hält. Er müsste danach auch das Abkommen der drei Parteien ablehnen, da ja zweifellos eine vorgreifliche und einseitige Koalitionsbindung vorliegt, deren Spitze offensichtlich gegen die S. P. D. gerichtet ist. Diese Bindung muss dem vernünftigen und einsichtigen Teil der Volksparteier um so mehr gegen den Strich gehen, als auch Kahl den Satz, dass nur ohne oder gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne, für eine grosse politische Torheit erklärt. Im Zeichen dieser Torheit hat sich nun das Bündnis der Volkspartei mit den beiden anderen Rechtsparteien vollzogen.

Schnelldienst

Der Dichter und Schriftsteller André Rivore ist nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Lungenentzündung in Paris gestorben.
Mit dem Dampfer „Europa“ sind in Cherbourg 22 Millionen Francs Gold aus Amerika für die Bank von Frankreich eingetroffen.
2000 indische Hafenarbeiter sind in Singapur in den Streik getreten, weil ihnen eine Lohnherabsetzung angekündigt worden war.
Entgegen anders lautenden Meldungen erweist sich der Papst, wie aus Rom gedröhlet wird, der besten Gesundheit.
Nach einer Meldung aus Lissabon sind neun Offiziere der portugiesischen Armee, die an dem im Juli aufgedeckten Komplott beteiligt gewesen sein sollen, nach den Azoren deportiert worden.